

There is no Alternative - Kapitalismus überwinden - gesellschaftliche Transformation statt Sparzwang!



Aktuell berät und beschließt der Karlsruher Gemeinderat den neuen Haushalt für die Jahre 2026 und 2027. Diese Haushaltsplanungen gehen mit einschneidenden Sparmaßnahmen einher. Schon Anfang des Jahres 2025 verhängte das Regierungspräsidium eine vorübergehende Haushaltssperre. Rund 50 Millionen Euro mussten kurzfristig eingespart werden. Für die neuen Haushaltsjahre müssen nochmals je 80 Millionen Euro eingespart werden.

Angesichts dieses Sparzwangs hat die Stadtverwaltung eine Liste möglicher Einsparmaßnahmen erstellt. Die sogenannte Liste des Grauens, wie Oberbürgermeister Mentrup sie nennt.

Vor allem die Maßnahmen in sozialen und kulturellen Bereichen sorgen für Kritik. Sie machen mehr als die Hälfte der angedachten Sparmaßnahmen aus. Während einige freie Kultureinrichtungen vor dem Aus stehen, werden vor allem jene besonders getroffen, deren finanzielle Mittel und soziale Ressourcen sowieso schon deutlich begrenzt sind. Die Einsparungen betreffen beispielsweise Schulen und Bäder. Während Kitazuschüsse gestrichen werden, werden gleichzeitig die Gebühren erhöht. Die Auswirkungen in einigen Bereichen der sozialen Arbeit sind kaum abzuschätzen.

Das Problem: Wird nicht gespart, droht die nächste Haushaltssperre durch das Regierungspräsidium.

Ein selbst gemachtes Problem

Die Probleme kommen nicht von ungefähr. Sie sind das Ergebnis einer Politik, die sich seit Jahrzehnten an marktwirtschaftlichen Prinzipien und zunehmender Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur orientiert hat, statt an den Belangen einer solidarischen Gesellschaft.

So wurden und werden beispielsweise Grundstücke und Gebäude für kurzfristiges Geld verhökert, während man sich u.a. von Immobilienunternehmen an der Nase herum führen lässt.

Dieses kurzsichtig und teuer erwirtschaftete Geld wird anschließend lieber in Prestigeprojekte wie das Staatstheater oder die Turmbergbahn gesteckt, statt die Grundlagen für eine nachhaltige, langfristig und grundlegende gesellschaftliche Infrastruktur zu schaffen.

Kann der Gemeinderat wirklich nicht anders?

Wie oben angesprochen droht eine erneute Haushaltssperre, sollte der bevorstehende Haushalt nicht ausgeglichen werden. Aber bedeutet das nun auch, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat keine Handlungsmöglichkeiten haben?

Natürlich nicht.

Eingespart wird bei sogenannten freiwilligen Leistungen, der Gemeinderat hat dort freie Handhabe. Der Haushalt ist ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die Frage nach weniger Ausgaben ist daher auch die Frage nach mehr Einnahmen, und gleichzeitig die Frage, wer wirtschaftlich profitiert und wer drauf legt.

Während an einzelnen Maßnahmen zumindest eine Form der Umverteilung von oben nach unten zu erkennen ist, werden andere scheinbar gleichberechtigt verteilt.

So findet sich in der Streichung der Geschwisterkindzuschüsse beispielsweise ein klarer Umverteilungsmechanismus wieder, auch wenn die konkrete Umsetzung absolut kritisch zu betrachten ist.

Bei der Erhöhung der Kitabeiträge oder auch den Kürzungen für Kultureinrichtungen findet keine Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangssituationen statt. Darum sind einzelne Einrichtungen in ihrer Existenz bedroht, während andere weiterhin über finanziellen Spielraum verfügen. Und für manche Familien wird die Betreuung verunmöglich, wenn es für andere ein paar Euro mehr kostet.

Die Beteiligung von Unternehmen an den Kosten gesellschaftlich notwendiger Infrastruktur ist ein Dauerthema. So auch in Karlsruhe. Statt diese in gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen, spielt die Angst, sie in der Konkurrenz der Standorte zu verlieren eine viel zu große Rolle. Es ist keine gesellschaftliche Verantwortung, wenn Unternehmen Kitaplätze allein für ihre Angestellten finanzieren und diese notfalls nicht belegt werden, weil der Bedarf ein anderer ist. Es wäre eine gesellschaftliche Verantwortung, wenn sie ihren Beitrag leisten würden, dass diese überhaupt bestehen können. Unternehmen nutzen öffentliche Infrastruktur, direkt und indirekt, Tag ein, Tag aus. Und so müssen sie an den Kosten dieser beteiligt sein. Auch dann, wenn sie keinen direkten Profit dadurch erzielen.

All diese Problematiken finden nicht nur auf der kommunalen Ebene statt und Karlsruhe ist dabei kein Einzelfall. Kommunen stehen zunehmend unter Druck. Darum muss es auch Aufgabe der Kommune sein, die Bundesländer und den Bund in die Pflicht zu nehmen. Karlsruhes Oberbürgermeister Mentrup ist Präsident des Stadttags. Aktuell werden von Bund und Land einige Zugeständnisse eingefordert. Bisher eher erfolglos. Und so ist es auch unsere Aufgabe auf dieser Ebene eine Umverteilung einzufordern. Was in Bund und Land verpflichtend beschlossen wird, muss auch auf dieser Ebene finanziell geklärt sein.

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen

Neben den konkreten politischen Entscheidungen spielen zudem unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen eine Rolle. Wir wollen einen genaueren Blick auf ein paar wenige werfen.

Familien stehen unter enormen gesellschaftlichen Druck wenn es darum geht, welchen Ansprüchen sie gerecht werden müssen. Kitagebühren, die Familien dazu zwingen mehr zu arbeiten um mehr Einkommen zu generieren, sind eine Doppelbelastung, die inzwischen nichts weiter als eine Ausbeutung von Familien darstellt. Die Lohnarbeit stellt in diesem Bezug auch keinen klaren systemisch emanzipatorischen Anspruch dar, sondern ist gesellschaftlich erzwungen durch die geschaffenen Rahmenbedingungen einen Kitaplatz finanzieren zu müssen. Die doppelte Lohnarbeitsbelastung ist nicht gleichzusetzen mit einer Umverteilung der Carearbeit.

Inzwischen werden in der Bedarfsplanung der Kommunen fast ausschließlich ganztags Kitaplätze eingefordert und durch geänderte Richtlinien fast schon erzwungen. Der Bedarf an diesen Plätzen ist nicht der zu Grunde liegende Bedarf von Familien. Dieser ist in erster Linie der Bedarf der wirtschaftlichen Ausbeutungsmaschinerie. (Für ein bisschen Populismus: Schon mal gefragt, welche Familie ihr/e Kind/er in eine Ganztagskita schicken möchte, wenn sie nicht drauf angewiesen wären aufgrund ihrer Arbeit?)

Die Politik strebt eine "Vollbeschäftigung" aller erwachsenen Menschen an, jedoch wird hierbei übersehen, dass das Kümmern und Sorge tragen um Personen (Carearbeit) ebenso Arbeit ist, jedoch wirtschaftlich wie gesellschaftlich nicht entlohnt wird, wie eine Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Daher muss die Carearbeit zwangsläufig ausgelagert werden auf externe Strukturen, wie Kindergärten, Schulen etc. um sicher zu stellen, dass möglichst viele Menschen einer Beschäftigung mit Entlohnung (Lohnarbeit) nachgehen und dies am Besten in Vollzeit. Dies bedeutet im Falle von Familien, dass Eltern und vor allem alleinerziehende Eltern Vollzeit arbeiten sollen und teilweise müssen, um es sich leisten zu können ihre Kinder betreut zu haben. Das politische Ziel ist es hierbei nicht, dass Kinder soziale Kontakt pflegen oder in ihrer Entwicklung unterstützt werden oder, dass sorgetragende Erwachsene eine Entlastung in Anspruch nehmen können. Es geht ausschließlich darum, dass die Erwachsenen ihrer Lohnarbeit nachgehen können um im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik ihren Beitrag zu leisten.

Die Orientierung sozialer Arbeit an ökonomischen Kriterien spiegelt sich in allen Bereichen dieser wieder. In der Jugendarbeit ist die sogenannte Resozialisierung das oberste Gebot. Verhandelt wird die soziale Arbeit nach der Frage, "was etwas bringt", was weniger kostet und was am Ende der Output sein wird. Bedürfnisse von Menschen spielen auch hier keine Rolle.

Dabei existiert die soziale Arbeit aus dem Grund, da ein gesellschaftliches Ungleichgewicht existiert und von Menschen gemacht wurde. Politisch wird in Kauf genommen, dass die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft weiter steigt.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst täglich weiter, dabei wird die Armutsbevölkerung in gesellschaftlichen Debatten für die "Schulden des Staates" verantwortlich gemacht und die Kritik an Unternehmen die von Steuerersparnissen und Subventionen leben, werden dabei nicht kritisiert oder debattiert.

Die Kluft zwischen den Generationen wächst weiter an, da der einst überlegte Generationenvertrag aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr aufgeht.

Die natürlichen Ressourcen, wie z.B. Wasser werden in Zukunft immer knapper werden. Die Folgen des Klimawandels sind bereits spürbar und bedrohen schon heute die Existenz von Menschen was zu einem globalen Ungleichgewicht führt.

Der Wohnungsmarkt ist ein schwer umkämpftes Feld in dem sich die soziale Ungleichheit deutlich zeigt. Wer Ressourcen, wie Wissen, ein Gehalt, Vermögen und am Besten keine Kinder hat, hat höhere Chancen eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden. Familien und Menschen, die unter der Armutsgrenze oder auch an der Armutsgrenze leben, fällt es schwer eine neue Wohnung zu finden, die auch noch zentral in Karlsruhe gelegen ist. Dabei geht ein Wohnungsverlust mit weiteren Abbrüchen im Leben und mit weiteren finanziellen Belastungen des Sozialsystems einher. Die beste Prävention gegen Wohnungslosigkeit ist immer noch der Erhalt der Wohnung, und dies kann politisch und gesellschaftlich gesteuert werden, jedoch strebt die Politik in diesem Feld keine Veränderung an, sondern hat in den letzten Jahren durch einen strukturellen Abbau von Sozialwohnungen aufgezeigt, dass kein Interesse daran besteht die soziale Ungleichheit in ihrer Form zu bekämpfen.

In aktuellen Zeiten kommt noch hinzu, dass es politischer Wille ist zivilgesellschaftliches Engagement zu delegitimieren, und im sozialen Bereich zu sparen. Dies wird langfristig dazu führen, dass die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft weiter wachsen wird.

Bis jetzt haben Beschäftigte in sozialen Berufen die bereits existierende soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft aufgefangen und abgefedert. Wenn in diesen Bereich nun weiterhin gespart wird, bedeutet dies langfristig eine Verstärkung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit.

Zeit zum Handeln

In der Kurzfristigkeit bleibt uns nichts anderes übrig als Maßnahmen der Umverteilung einzufordern. Hier geht es vor allem darum wer als Teil der Gesellschaft wahrgenommen wird, wer profitiert und einer scheinbar grenzenlosen Ausbeutungsstruktur Grenzen aufzuerlegen. Sie helfen ganz direkt denen, die am meisten von Armut und ökonomischer Benachteiligung betroffen sind.

Doch die Umverteilungsmechanismen sind nichts weiter als eine Symptombekämpfung.

Für eine gesellschaftliche Perspektive brauchen wir einen grundsätzlichen, ja radikalen Strukturwandel.

Wir brauchen eine Struktur, in der nicht die meisten Menschen ihre komplette Lebenszeit für Lohnarbeit hergeben müssen, und zum Leben keine Zeit mehr haben. Wir brauchen eine Struktur, in der Familien eine gleichberechtigte Lebensperspektive haben und die Alternative zur traditionellen Rollenverteilung nicht maximale Ausbeutung bedeutet.

Wir brauchen eine gesellschaftliche Struktur, die sich nicht am Profit einzelner, sondern an der Teilhabe und Lebensfreude aller orientiert.

Wir fordern heute die Verantwortlichen und Handlungsbemächtigten in Politik und Gesellschaft auf, all ihre Möglichkeiten zu nutzen im Sinne einer solidarischen Gemeinschaft zu handeln.

Die größere Transformation müssen wir als Gesellschaft selbst gestalten!

There is no Alternative - Kapitalismus überwinden - gesellschaftliche Transformation statt Sparzwang!

